

Kommentar: Südkorea - hoffen auf den "Aquino-Faktor"?

Am 25. Februar 1986 stürzte mit Ferdinand E. Marcos einer der dienstältesten Diktatoren Südostasiens. US-Hubschrauber flogen den abgetakelten Präsidenten samt seiner hastig handverlesenen Hofkamarilla zum amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Clark Air Field. Von dort aus wurde der von Washington zwei Jahrzehnte gönnerhaft ausgehaltene Kleptokrat ins Hawaiier Exil abgeschoben.

Ihm folgte "Cory" Aquino, die sich in letzter Minute auf Drängen des Erzbischofs von Manila, Kardinal Jaime Sin, und amerikanischer Berater mit dem erst spät von Marcos abgerückten Salvador H. Laurel als Präsidentschaftskandidatin zusammenbringen ließ. Cory war durch die kaltschnäuzige Ermordung (21.8.1983) ihres Ehemanns selbst Opfer des Marcos-Terrors und prominenter antifaschistischer Bezugspunkt. Meisterhaft verstanden es ihre - vornehmlich jesuitischen - Ratgeber, sie im Einklang mit dem philippinischen Katholizismus dominanten Marienkult zur Mutter Dolores und sich selbst als kompetente Sachwalter eines demokratischen Neubeginns hochzustilisieren. Cory - das war der Lichtstrahl in einer allzu lange verdunkelten Welt, wo Politik als schöne Mixtur aus Korruption, Despotie und Zynismus praktiziert wurde. Wie keine andere Person verkörperte sie in jenen bewegten Februartagen den möglichen Gegenentwurf einer Gesellschaft, die sich anschickt, Moral, Integrität und Menschenwürde wiederherzustellen. "Mabuhay ang Pilipino" - "Lang lebe der Filipino!" - brachte das neugewonnene Selbstwertgefühl der Bevölkerung auf einen einfachen Nenner.

Das Volk - zumindest in der Metropole Manila - hatte sich gegen die Diktatur erhoben. Das allein war selbst in diesem Ausmaß kein Novum. Wochen und Monate zuvor kam es in Stadt wie Land wiederholt zu noch massiveren Volksaktionen.

Erst als wachsende Teile der stillstummten Geschäftswelt, Kirchenhierarchie und des Bürgertums - durch den Tod "Ninoy" Aquinos für Menschenrechtsfragen sensibilisiert - zu Marcos auf Distanz gingen, vollzog sich in der Hauptstadt die unumkehrbare Erosion staatlicher Herrschaft. Für diese gesellschaftlichen Kräfte bedeutete die vom Präsidenten mafiotisch or-

ganisierte (Wirtschafts)Politik krasse ökonomische Benachteiligungen und eine fortgesetzte politische Ausgrenzung. Der eigentliche Machtverfall des Regimes hatte seinen Ausgangspunkt im Hinterland genommen, wo die NDF ihren Einfluß auf ca. ein Viertel der Barangays (Dörfer) auszudehnen vermochte. Doch im entscheidenden Moment war es das metropolitane Bürgertum, das gemeinsam mit den sektoralen, "cause-oriented groups" als ein Faktor den Diktator vom Sockel kippte.

Das Militär, im Gegensatz zu den Anrainern Thailand und Indonesien lange zum Schattendasein verdammt, hatte während des Kriegesrechts (1972-1981) eine immense Aufwertung erfahren - zahlenmäßig, administrativ, politisch und wirtschaftlich. Die Einführung der Militärgerichtsbarkeit garantierte ihm zudem judikative (Sonder)Vollmachten. Mittels der aus seinen Reihen rekrutierten "Presidential Officers for Development" (PROD) wirkte es entwicklungs- und planungsstrategisch. All das resultierte aus der Notwendigkeit (in Manilas Sicht), den Streitkräften (AFP) eine "nationbildende und ordnungsstiftende" Funktion zuzuweisen - ganz im Sinne von (exportorientierter) "Entwicklung" und "nationaler Sicherheit". Und eben dieses Militär (bzw. dessen durch Ramos und Enrile verkörperte "Reformspitze") schlug sich

im Februar 1986 demonstrativ auf die Seite von Corys "people power".

Unter Reform verstand diese Fraktion des Militärs eine überfällige Reorganisierung/Straffung der durch Korruption und mangelnde Kampfbereitschaft gebeutelten AFP. Dem aber stand seit 1981 ein durch Generalstabschef Fabian C. Ver repräsentierte Militärhierarchie entgegen, die ihren Aufstieg einzig der Nähe zum Malacañang-Palast verdankte - zum Ärger länger gedienter, vom Ethos des Professionalismus beseelter Eliteoffiziere. Mit Ramos trat ein Mann in die Fußstapfen Vers, der als Absolvent der renommierten US-Militärakademie West Point und kampferprobter Korea-/Vietnam-Veteran in Washington ungeteilte Unterstützung genoß. Ramos propagiert auch die zur effektiveren Guerrillabekämpfung notwendige Bestrafung krimineller, korrupter AFP-Elemente und den Einsatz erhöhter Feuerkraft und selektiven Bombenterrors in verdächtigen Rebellengebieten.

Die Ramos-Militärspitze reagiert nicht einmal auf dem Höhepunkt der Februar-Jubelfeiern mit einer in der Bevölkerung erwarteten Ausdünnung der Streitkräfte. Statt dessen vollzog sie kosmetische Korrekturen: Der vormals gültige Counterinsurgency (Aufstandsbe-kämpfung-)Plan wurde in "Oplan Mamamayan" (Operationsplan "Gewinnung des Volkes") und die AFP in Neue Streitkräfte der Philippinen (NAFP) umgetauft.

Ohne amerikanische Rückversicherung hätten Ramos und Enrile ihre Loslösung vom Diktator niemals betreiben können. Hätte andererseits Marcos die noch ihm ergebenden Kommandeure zur Gegenattacke (mithin zu einem potentiellen Blut-



Trauernde hinter dem Bild von Park Chong Chul

bad) aufgestachelt, so wäre ein kurzer "chirurgischer Eingriff" amerikanischer Elitetruppen wahrscheinlich gewesen. Just während der Ramos-Enrile-Revolution landeten sog. Delta-Einheiten im Rahmen der "Special Operation Forces" auf den im Lande installierten US-Basen!

Womit wir beim mächtigsten Gewinner der Februarereignisse sind. Die im Sonderfall der Philippinen seit Herbst 1983 im Rahmen der "Inter-Agency Task Force on the Philippines" (einer interministeriellen Arbeitsgruppe Washingtons) hergestellte Interessenidentität zwischen dem amerikanischen Verteidigungs- und Außenministerium sowie der CIA war ausschlaggebend für das schrittweise Abhalftern von Marcos. Dessen ungebrochene Regentschaft, so die schließlich vom Nationalen Sicherheitsrat und dem Weißen Haus geteilte Interpretation, lenke einzig Wasser auf die Mühlen der NDF. Die Brillanz des US-Krisenszenarios vis-à-vis Manila lag darin, rechtzeitig eine bürgerlich-gemäßigte Opposition mit "Reformmilitärs" und marcoskritischen Technokraten/Bürokraten zusammengebracht und dem Diktator mittels einer vorgezogenen Präsidentschaftswahl den Laufpaß erteilt und dies gegenüber einer starken Guerilla als "weiche Option" der Counterinsurgency ins Spiel gebracht zu haben. Scharfsinnig wie zutreffend hatte bereits im Herbst 1985 Paul Wolfowitz, US-Staatssekretär für Ostasien und den Pazifik, vor dem Senatskomitee für Auswärtige Politik erkannt: "Einer unserer engsten und wichtigsten Verbündeten, die Philippinen, haben gewaltige Schwierigkeiten. (...) da sind alle Komponenten vorhanden, die für die USA ein zweites Nicaragua, Vietnam oder einen zweiten Iran bedeuten könnten. (...) Wahlen können das Fundament einer effektiven Counterinsurgency sein."

Eben. Frau Aquinos Taktik, die illegalisierte wie legale Linke als "hartnäckige, reformunwillige Kräfte" hinzustellen und sie mit fragwürdigen Amnestieangeboten, finanziellen Ködern und militärischem Druck implizit als Kriminelle abzustempeln, verringert die Marge ernsthafter sozialökonomischer Strukturveränderungen. Sollte sich ihr Amtsantritt letztlich doch nur als ein politischer Elitentausch entpuppen?

1986 war außer den Philippinen in der Region nur noch Südkorea ins Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit geraten. Dort hatte der Marcos-Sturz die Hoffnung beflügelt, daß sein Schicksal auch das seit 1980 herrschende Regime von Präsident Chun Doo Hwan ereilen möge. Fast gleichzeitig mit dem Amtsantritt Aquinos gewann in Südkorea eine Kampagne an Publizität, die erstmals seit dem Kwang-

ju-Massaker (Mai 1980) wieder Hunderttausende auf die Straße brachte. Es ging um die Unterschriftenaktion für eine Verfassungsänderung, wodurch der Präsident fortan direkt und nicht länger mehr durch ein ihm loyales Wahlmännergremium zu wählen sei. "Chun Doo Hwan - Der Marcos Südkoreas!" - "In Manila siegte People Power - In Seoul wird People Power siegen!" - mit diesen und ähnlichen Parolen versuchte in der Metropole Seoul ein "Parlament der Straße" die Tränengasschwaden zu durchbrechen.

Als Ausrichter der X. Asienspiele /Herbst 1986) und Gastgeber der nächsten Olympischen Sommerspiele (1988), so glaubten ausländische Kommentatoren, sei nunmehr auch Seoul genötigt, seinen harten Repressionskurs schon aus Gründen der Imagepflege zu lockern. Die Hoffnung auf einen "Aquino-Faktor" erwies sich in mehrfacher Hinsicht als trügerisch:

1. Stärker als in den Philippinen wird in Südkorea die amerikanische Präsenz (inklusive ca. 42.000 Soldaten) als unverzichtbar für das Überleben des eigenen (Teil)Staates gewertet. Die bürgerlich-gemäßigte, parlamentarische Opposition in Gestalt der Neuen Koreanischen Demokratischen Partei (NKDP) hält das im übrigen für eine Prerogative ihrer eigenen Politik.

2. Die außerparlamentarische, sich partiell als anti-amerikanisch begreifende Opposition verfügt weder über eine Guerilla (mitsamt Rückzugsgebieten), noch zeichnet sie sich durch Einigkeit aus. Bislang sind sämtliche Versuche fehlgeschlagen, sich sektoral und in Bündnissen programmatisch auf eine demokratische Umwälzung und nationale Wiedervereinigung zu verständigen.

3. Die US-Politik gegenüber Seoul ist so starr wie eh und je. Während ihrer letzten Südkorea-Besuche hielten es Außenminister George Shultz und Verteidigungsminister Caspar Weinberger nicht einmal für notwendig, selbst mit so moderaten, prinzipiell amerikanfreundlichen Oppositionellen wie Kim Dae Jung und Kim Young Sam zu konferieren. Chun Doo Hwan gilt als sattelfest genug, Washingtons Interessen innerhalb seines militärstrategischen "forward based System" zu wahren. Überdies gestattet die faktische US-Befehlshoheit über die südkoreanischen Truppen eine weitreichende Beeinflussung/Lenkung eines entscheidenden Instruments des Seouler Staatsapparates.

4. Mehr noch als das philippinische Militär sind Seouls Truppen eine seit dem Koreakrieg (1950-53) sowie in Vietnam kampferprobte Armee, deren Ausrüstung und Zen-

tralisierungsgrad zudem besser bzw. höher ist. Ihr Feindbild - "der kommunistische Norden Kim Il Sung" - wird seit reichlich drei Jahrzehnten als überaus real empfunden und läßt sich für die staatlich gelenkte Ideologie des Antikommunismus (noch) vorzüglich instrumentalisieren. In diesem Sinne findet das Regime im Militär und dieses in ihm eine kongeniale Entsprechung.

5. Nationale und kulturelle Identität sind in Südkorea historisch weitaus ausgeprägter als in den Philippinen, wo Regionalismen und das durch halbfeudale Produktionsweisen geprägte Klientelsystem Elemente der Diffusion staatlicher Macht hervorbringen. Mehr noch als der übrigens traditionellen Wertvorstellungen relativ leicht aufpflanzbare Katholizismus eignet sich das konfuzianische Erbe mit seiner rigiden, auf Hierarchie abgestellten Struktur zur Einbindung des Individuums in ein "höheres Allgemeinwesen", was die Kontrollmöglichkeiten über den einzelnen erhöht. Ausmaß und Intensität staatlicher Repression sind denn auch sehr wahrscheinlich im Südkorea Chun Doo Hwans größer, als sie es während des Kriegsrechts unter Marcos waren.

6. Eine politische Liberalisierung auch und gerade im Hinblick auf die Olympiade ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Nimmt man gewisse Äußerungen südkoreanischer Behörden ernst, so ist damit zu rechnen, daß Seoul alles unternimmt, um "das Aufwachen der nächsten Generation fernab liberalen und kommunistischen Gedankenguts zu ermöglichen." Die physische Liquidierung von Regimekritikern und -gegnern ist so vorprogrammiert. Und: daß trotz massiver Proteste gegen den Foltermord an dem Linguistikstudenten Park Chong Chol der Innenminister und Polizeichef durch "Falken" (z.B. Chung Ho Yong, früher Stabschef des Heeres und Truppenkommandeur während des Kwangju-Aufstandes!) ersetzt worden, demonstriert, daß ein "Aquino-Faktor" in Seoul nicht einmal als Silberstreif am Horizont auszumachen ist.

Treffen die Meldungen über den Aufbau von Blockwartssystemem sowie die Rekrutierung von Söldnern und deren Integration in philippinische Elitetruppen zu, so ist eher noch an eine Transplantation des "Chun Doo Hwan-Faktors" in Manilas Politik zu erwägen ...

Rainer Werning
(Korea-Informationsstelle Osnabrück)